S 17 KA 239/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Sozialgericht Düsseldorf
Sachgebiet	Vertragsarztangelegenheiten
Abteilung	17
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 17 KA 239/02
Datum	12.11.2003

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Klage wird abgewiesen. Der Kläger trägt die Kosten des Verfahrens.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um die Ablehnung eines Antrages auf Änderung der Festsetzung des Bemessungszeitraums zur Berechnung des Individualbudgets und/oder der Erhöhung des maximalen Punktzahlvolumens des Klägers.

Mit Schreiben vom 03.05.2001 legt der Kläger Widerspruch gegen den Abrechnungsbescheid der Beklagten für das Quartal IV/2000 ein. Zur Begründung führte er aus, sein Individualbudget sei nicht ausreichend. Er habe die Praxis im Juli 2000 von Herrn S übernommen. Sodann habe er die alten Ärzte von Herrn S gegen moderne Ärzte ausgetauscht. Dies müsse ihn berechtigen, ein höheres Honorar zu erhalten. Außerdem sei er türkischer Abstammung und der einzige in L niedergelassene Augenarzt mit türkischen Sprachkenntnissen. Die türkischen Einwohner der Stadt L würden die Praxis des Klägers vermehrt frequentieren, so dass die Behandlungsfallzahlen des Klägers mit jedem Quartal drastisch steigen würden.

Die Beklagte wertete das Schreiben des KlÄxgers als Antrag auf Ä¼nderung der Festsetzung des Bemessungszeitraums zur Berechnung des Individualbudgets und/oder auf ErhÄ¼hung des maximalen Punktzahlvolumens. Mit Bescheid vom 24.10.2001 lehnte die Beklagte diesen Antrag mit der BegrÄ¼ndung ab, der HonorarverteilungsmaÄ¼stab der KassenÄ¼rztlichen Vereinigung Nordrhein sehe verschiedene AusnahmetatbestÄ¼nde vor, bei denen eine ErhÄ¼hung des maximalen Punktzahlvolumens oder eine Ä¼nderung der Festsetzung des Bemessungszeitraums zur Berechnung des Individualbudgets in Betracht komme. Die vom KlÄxger aufgefÄ¼hrten BegrÄ¼ndungen rechtfertigten jedoch eine solche Ausnahme nicht.

Hiergegen legte der KlÄxger Widerspruch ein, den er damit begrÄ¼ndete, der PraxisvorgÄ¼nger des KlÄxgers habe ein Abrechnungsvolumen unterhalb der durchschnittlichen Punktzahl seiner Fachgruppe erbracht. Dem KlÄxger sei gestattet worden, als "neue Praxis" lediglich bis zum durchschnittlichen Punktzahlengrenzwert der Fachgruppe zu wachsen. Diesen Fachgruppendurchschnitt habe der KlÄxger allerdings schon nach zwei Abrechnungsquartalen Ä¼berschritten. FÄ¼nfzig Prozent der Patienten des KlÄxgers seien inzwischen tÄ¼rkischsprachig. Da im Stadtgebiet von L etwa 80 ä¼ 100.000 tÄ¼rkischstÄ¼mmige Menschen leben wÄ¼rden, und er der einzig tÄ¼rkisch sprechende Augenarzt fÄ¼r diesen Bereich sei, bestehe ä¼ die SicherstellungsgrÄ¼nden ä¼ die Notwendigkeit, fÄ¼r ihn eine Ausnahmeregelung im Sinne des Ä¼ 7 a des HonorarverteilungsmaÄ¼stabes zu schaffen.

Mit Bescheid vom 06. November 2002 wies die Beklagte den Widerspruch als sachlich unbegrÄ¼ndet zurÄ¼ck.

Hiergegen richtet sich die am 05. Dezember 2002 bei Gericht eingegangene Klage mit der der KlÄxger im Ä¼brigen vortrÄ¼gt, in unmittelbarer Umgebung seines Praxissitzes habe die Gemeinschaftspraxis H und L ihren Praxissitz verlegt. Dadurch habe sich die Frequentierung seiner Praxis erhÄ¼ht. AuÄ¼erdem sei der KlÄxger im Gegensatz zu seinem PraxisvorgÄ¼nger zwischenzeitlich ambulant/operativ tÄ¼tig. Auch dieser Umstand sei ä¼ im Rahmen eines ErhÄ¼hungsantrages ä¼ durchaus geeignet, Ausnahmeregelungen zu begrÄ¼nden.

Der KlÄxger beantragt,

den Bescheid der Beklagten vom 19.12.2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 06.11.2002 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, den Antrag des KlÄxgers auf ErhÄ¼hung des seiner Praxis zugewiesenen maximalen abrechenbaren Punktzahlvolumens unter Beachtung der Rechtsauffassung des erkennenden Gerichts neu zu bescheiden.

Die Vertreterin der Beklagten beantragt,

die Klage abzuweisen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die zu den

Gerichtsakten gereichten Schriftsätze der Beteiligten Bezug genommen. Ihre Inhalte waren Gegenstand der mündlichen Verhandlung.

Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht erhobene und daher zulässige Klage ist nicht begründet. Der Kläger ist durch die angefochtenen Bescheide nicht beschwert im Sinne des [§ 54 Abs. 2](#) des Sozialgerichtsgesetzes (SGG), denn die Bescheide erweisen sich als rechtmäßig.

Nach dem Honorarverteilungsmaßstab der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein in der ab dem dritten Quartal 1999 gültigen Fassung erhält jede vertragsärztliche Praxis ein individuelles Leistungsbudget. Als Bemessungszeitraum gelten gemäß § 7 Abs. 6 des Honorarverteilungsmaßstabes die Quartale 3/97 bis 2/1998.

Neu niedergelassene Ärzte können bis zum Erreichen des durchschnittlichen Punktzahlengrenzwertes für die Dauer von 20 Quartalen unbegrenzt wachsen. Ansonsten ist ein Punktzahlenzuwachs nur möglich bei Praxen, die unterhalb des durchschnittlichen Punktzahlengrenzwertes der jeweiligen Fach-/ Untergruppe abrechnen.

Auf Antrag kann der Vorstand der Beklagten aus Sicherheitsgründen Zuschläge auf den individuellen Punktzahlengrenzwert des Arztes/der Praxis bewilligen, wenn besondere Umstände des Einzelfalles vorliegen. Dazu zählen insbesondere dauerhafte Veränderungen in der vertragsärztlichen Versorgung im unmittelbaren Umfeld der Arztpraxis (z. B. durch Praxisaufgaben, Erlischen von Ermächtigungen von Krankenhausärzten) oder in der Verteilung der Leistungserbringung innerhalb einer Arzt-/Untergruppe (Konzentration von Leistungen auf eine gegenüber dem Bemessungszeitraum geringere Erbringerzahl), die dazu führen, dass der Punktzahlengrenzwert im Bemessungszeitraum der nachweislich veränderten Leistungsmenge nicht angemessen ist.

Nach Maßgabe dieser Vorgaben hat der Kläger keinen Anspruch auf Erhöhung des maximalen Punktzahlvolumens.

Soweit der Kläger vorträgt, er habe die Praxis von Herrn S mit veralteten Geräten übernommen und diese durch moderne ausgetauscht, was ihn zu Erzielung eines höheren Honorars berechtigen müsste, ist diese Argumentation nicht geeignet, das Individualbudget des Klägers zu beeinflussen. Die gesamten Regelungen zur Budgetierung berücksichtigen nämlich ausdrücklich nicht ein Verhältnis von Investitionen zu den Erträgen, die die entsprechende Praxis abwirft. Der Kläger hat sich auch im Laufe des Verfahrens von dieser Argumentation gelöst.

Unterstellt man die Behauptung des Klägers, er sei der einzige in L zugelassene Augenarzt mit türkischen Sprachkenntnissen und seine Praxis würde daher von

besonders vielen TÄrken frequentiert als richtig, so fÄhrt dies gleichwohl nicht zu einem Anspruch auf ErhÄhung des maximalen Punktzahlvolumens des KIÄgers. Zwar ist es fÄr das Gericht nachvollziehbar, dass tÄrkische oder tÄrkischstämmige Einwohner der Stadt L dazu neigen, in erster Linie tÄrkisch ä sprachige Ärzte aufzusuchen. Mit seinen tÄrkischen Sprachkenntnissen verfÄgt der KIÄger damit Äber eine ä außerhalb der Ärztlichen Qualifikation liegende ä besondere Eigenschaft, die ihm Patienten einer bestimmten Gruppe zutreibt. Solche Eigenschaften, die auch in gleicher Weise in einem besonders freundlichen Auftreten oder in einer Zuwendung des Arztes zu bestimmten Gruppen bestehen kÄnnten, rechtfertigen jedoch keine Anhebung des Individualbudgets aus SicherstellungsgrÄnden. SicherstellungsgrÄnde liegen nur vor, wenn, wÄrde der Arzt die entsprechende Leistung nicht erbringen, die Versorgung der Patienten gefÄhrtet oder wesentlich beeintrÄchtigt wÄre. Derartiges ist aber hier weder vorgetragen noch ersichtlich. Die medizinische Versorgung der (tÄrkisch ä sprachigen) BevÄlkerung im Raum L durch AugenÄrzte ist gewÄhrleistet. Es besteht kein medizinischen Erfordernis dafÄr die tÄrkisch sprachigen Bewohner von L mit tÄrkisch sprachigen Ärzten zu versorgen. Dies gilt insbesondere fÄr den Bereich Augenheilkunde, bei dem detaillierte Kenntnisse der Sprache der Patienten in der Regel nicht erforderlich sind.

Soweit der KIÄger vortrÄgt, er sei ä im Gegensatz zu seinem PraxisvorgÄnger ä auch ambulant ä operativ tÄtig, fehlt es schon an einem nachvollziehbaren Vortrag, in welchem Umfang eine solche ambulant-operative TÄtigkeit vorgenommen wird und welchen Einfluss dies auf das Budget des KIÄgers hat.

SchlieÄlich geht der weitere Vortrag des KIÄgers, die Praxis H und L haben ihren Praxissitz verlegt fehl, denn diese Verlegung fand bereits zu einem Zeitpunkt vor der Äbernahme der Praxis durch den KIÄger statt. AuÄerdem haben die oben genannten Ärzte ihre Praxis an einen Ort verlegt, der nicht weiter von der Praxis des KIÄgers entfernt liegt als der bisherige Praxissitz der Gemeinschaftspraxis.

Die Kostenentscheidung folgt aus [Ä§ 197 a SGG](#) neuer Fassung in Verbindung mit [Ä§ 154 Abs. 1](#), [162 Abs. 1](#) der Verwaltungsgerichtsordnung ä VwGO -.

Erstellt am: 05.12.2003

Zuletzt verändert am: 23.12.2024